



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1912

470 (8.10.1912) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-155341](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-155341)

Abonnement: 70 Pfg. monatlich, Bringerlohn 30 Pfg., durch die Post inkl. Postauschlag Mk. 3.42 pro Quartal. Einzelheft 5 Pfg. Inserate: Kolonial-Beilage 30 Pfg. Reklamo-Beilage 1.20 Mk.

General-Anzeiger

der Stadt Mannheim und Umgebung

Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag) Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung Eigenes Redaktionsbureau in Berlin

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Mittagblatt morgens 9 Uhr, für das Abendblatt nachmittags 3 Uhr

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Handels- und Industrie-Zeitung für Südwestdeutschland; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; Mannheimer Schachzeitung; Sport-Revue; Wandern und Reisen und Winterport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Nr. 470.

Mannheim, Dienstag, 8. Oktober 1912.

(Abendblatt.)

Am Vorabend des Balkankrieges. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Türkei und Montenegro.

Die Türkei stellte Reformen in Aussicht und zwar ganz ohne Bezug sollten sie eingeführt werden, das Gesetz über die Reformen von 1880 sollte vollkommen gleichmäßig für alle Nationalitäten sofort in Anwendung kommen. Londoner Zeitungen erwarteten, daß die Reformen, die die Türkei einzuführen sich bereit erklärte, durchaus den Forderungen genügen, die die Balkanstaaten gestellt hatten. Nach einer Meldung der „Köln. Ztg.“ aus Konstantinopel erwarteten nach diesem plötzlich erwarteten türkischen Reformen diplomatische Kreise die unmittelbare Kriegsgefahr für abgewendet. Allerdings meldete sich auch eine pessimistische Stimme. Der Sonderberichterstatter der Daily Mail in Konstantinopel warnte davor, sich der Hoffnung hinzugeben, daß nunmehr auch jede Kriegsgefahr beseitigt sei. Im Gegenteil, man müsse erwarten, daß die Balkanstaaten den Einwand erheben würden, daß die Türkei schon oft solche Zugeständnisse versprochen, aber sie nicht gehalten, oder die Punkte, auf die es vor allem ankomme, umgangen habe. Der Warner scheint Recht behalten zu sollen. Dem blutigen Treffen an der montenegrinischen Grenze, von dem unser Londoner Korrespondent berichtete, ist die Nachricht vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Türkei und Montenegro gefolgt. Gestern am selben Tage, an dem das Einvernehmen zwischen den Mächten über die Bedingungen hergestellt wurde, unter denen sowohl bei den Balkanländern als in Konstantinopel Schritte unternommen werden sollten. Die Weltgeschichte gefälligst sich mitunter in beiführenden Fronten! Nach einer Neutermeldung hat der montenegrinische Geschäftsträger vor seiner Abreise die Kriegserklärung überreicht. Die ersten Nachrichten lauten:

London, 8. Okt. Das Reuter-Bureau meldet aus Cetinje: Der montenegrinische Geschäftsträger überreichte heute Vormittag in Konstantinopel die Kriegserklärung. Eine anderweitige Bestätigung liegt noch nicht vor.

Cetinje, 8. Okt. (Wiener Korresp.-Bureau.) Der montenegrinische Geschäftsträger verläßt heute Konstantinopel. Dem hiesigen ottomanischen Geschäftsträger wurden die Pässe zurückgestellt.

Es ist nun die schwerwiegende Frage, ob Bulgarien, Serbien und Griechenland sich dem Schritt Montenegros anschließen werden, oder ob Montenegro auf eigene Faust operiert hat und weiter allein bleiben wird. Sehr wahrscheinlich ist das letztere ja nicht, wenn man die Depeschen der letzten Tage noch einmal durchliest, die von der Fortdauer der Kriegsstimmung und der Rüstungen berichten. Folgen Bulgarien, Serbien, Griechenland dem Schritt Montenegros, das wohl durch die schweren Grenzkämpfe der letzten Tage zuerst angefaßt wurde, seinen Geschäftsträger abzurufen, so würden die Herren Recht behalten, die heute von Berlin aus wegen der „überlegenen pessimistischen Ironie“ gescholten wurden, mit der sie die diplomatischen Verhandlungen begleiteten, weil sie dadurch nur die Kriegsstimmung, das Mißtrauen in den gemeinsamen Friedenswillen der Mächte und in die vorgeschlagenen Reformen steigerten. In Berlin meinte man, es liegt zu solchem Pessimismus gar kein sachlicher Anlaß vor. Leider werden wir heute durch Montenegro eines anderen belehrt, das, wie mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, im Einverständnis mit den anderen Balkanstaaten handelt und sich deren Unterstützung verweigert hat. Daß trotz der Einigung der Großmächte, trotz der großen Versicherungen der Türkei der Krieg der Balkanstaaten mit der Türkei kaum noch zu vermeiden sei, das hat noch gestern recht einleuchtend das Journal des Debats dargelegt. „Nach den wenigen Tagen der eizigen Verhandlungen“, schrieb es, „muß man seine Schlußfolgerung dahin stellen, daß der Friede auf dem Balkan nur mehr erhalten werden kann, entweder wenn Bulgarien tiefgekränkt zurückweicht, oder wenn die Türkei sich mit Ergebung in das Schicksal, was seine unzulässigen Erden das historische Verhängnis nennen. Trotz allen Versöhnungsversuchen wird Bulgarien stets die Zugeständnisse für ungenügend finden, die das vereinte Europa von der Türkei fordern zu können glaubt, und mehr wird die Türkei niemals gutwillig zugestehen, sobald einmal die militärischen Kräfte ausgetoben sind. So können nur andere Kräfte gleicher Art den Streit regeln. Aber diese neuen Kräfte, welche sie auch wären, in Bewegung setzen, würde unermesslich schwere Folgen hervorrufen, daß jede Macht vorzichtig, sich vorläufig dessen zu enthalten. Das ist nun einmal der Gang der europäischen Maschine.“ Man muß also, nachdem Montenegro den Anfang gemacht hat, mit einiger Wahrscheinlichkeit darauf rechnen, daß Bulgarien, Serbien, Griechenland gleichfalls aus demselben Mißtrauen gegen die Großmächte und die Türkei heraus den Vertretern der Türkei die Pässe zurückstellen und ihre eigenen Vertreter abzurufen werden. Zwischen dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, der Kriegserklärung und dem Kriegsausbruch würde dann wohl nur noch eine so kurze Spanne Zeit liegen, daß das glückselig, aber leider zu spät und

fruchtlos hergestellte Einvernehmen der Mächte keine Gelegenheit zu einer friedlichen Einwirkung auf die Türkei und die Balkanstaaten mehr fände. Das ist der wahrscheinlichste Gang der Ereignisse, der zu erwarten wäre, natürlich, daß Montenegro (Armee 30 000 Soldaten!) mit seinem verzweifelt und wahnsinnigen Schritt von den übrigen Balkanstaaten allein gelassen würde daß dieser Schritt eine mehr lächerliche Episode bleibe und nicht den Anfang einer neueren Friedensgefahr bilde.

Kommt es nun zum Ausbruch des Balkankrieges, dann wird die Aktion der Großmächte, deren Einvernehmen ja wohl fortzuhalten wird, sich auf die Lokalisierung des Krieges auf den Balkan beschränken und sorgen müssen, daß nicht Konflagrationen entstehen, in die die europäischen Mächte hineingezogen werden. Als man in Berlin noch pessimistischer dachte, als gestern — es war am 2. Oktober — und den Zusammenstoß für unvermeidlich hielt, da richtete man das Bemühen der Großmächte ja schon lediglich auf die eine Aufgabe, den Konflikt auf seinen Herd zu beschränken, um einen europäischen Krieg hinauszuhalten.

Am Tage, da das Einvernehmen der Großmächte durch Englands Antwort hergestellt wurde, am Tage, da die Türkei weitgehende Reformen zusagte, um die Aktion der Großmächte zu durchkreuzen und den Kriegsausbruch der Balkanstaaten zu verhindern, bricht Montenegro seine amtlichen Beziehungen zur Türkei ab. Werden die übrigen Balkanstaaten folgen, wird oder soll verabredungsgemäß dieser Schritt der „politischen Alkoholiker“ in Cetinje die Einleitung zum Balkankrieg sein, oder wird er eine zwar aufregende und spannende, aber lächerliche Episode bleiben? Die nächsten 24 Stunden werden die Antwort geben.

Sassonow in Berlin.

Berlin, 8. Okt. (Von unserem Berliner Bureau.) Der russische Minister des Auswärtigen Sassonow ist heute in Berlin eingetroffen und damit ist der Schauplatz der nächsten Balkankonferenz in die Wilhelmstraße verlegt. Herr Sassonow wird hier mit dem Leiter der deutschen auswärtigen Politik über die Aktion der Großmächte auf dem Balkan sprechen. Herr Sassonow traf in Begleitung seines Sekretärs, Baron Schilling mit dem Norddeutschen morgen um 1/2 Uhr auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin ein. Der Minister hatte in einem Telegramm, das gestern spät abends noch auf der russischen Botschaft eintraf, ausdrücklich erudigt, mit Rücksicht auf die frühe Stunde seiner Ankunft von jedem besonderen Empfang abzusehen. Infolgedessen war nur ein Besucher der Botschaft auf dem Bahnhofs anwesend. Dieser überbrachte dem Minister sofort einen Stoß von Devisen, die Baron Schilling in Empfang nahm. Vom Bahnhof fuhr Herr Sassonow mit Baron Schilling ins Hotel Adlon, wo er Wohnung genommen hat. Ursprünglich wollte der Minister in der Botschaft absteigen. Da jedoch der neue russische Botschafter erst gestern endgültig die Leitung der Botschaft übernommen hat und die Wohnräume in der Botschaft daher noch nicht völlig eingerichtet sind, wurde für den Minister im Hotel Adlon Quartier belegt.

Im Laufe des heutigen Vormittags hat der Minister zunächst den russischen Botschafter in Berlin und die zur Zeit in

Feuilleton.

Der wissenschaftliche Wert der Erreichung des Südpols.

Von Professor Otto Bocklin, Berlin.

Kustos des Geographischen Instituts der Berliner Universität.

In diesen Tagen trifft Roald Amundsen, der Eroberer des Südpols, in Deutschland ein, um in Berlin und zahlreichen anderen Städten des Reiches über die Ergebnisse seiner denkwürdigen Expedition zu berichten. Zahlreich sind daher die Fragen, die sich an den Hochmann gerichtet werden und von ihm Auskunft verlangen über die Bedeutung, welche der Erreichung jenes fernsten Punktes zukommt, der inmitten des letzten, von eisigen Fesseln umgürteten Weltteils im äußersten Süden unseres Erdballes gelegen ist.

Sehr häufig findet man die Meinung vertreten, daß die Erreichung des Südpols nur ein sportliches Interesse darbiete, aber ohne jeden Wert für die Wissenschaft sei, und bei der Diskussion über diese Frage wird die Zeit Amundsens gewöhnlich als „Entdeckung“ des Südpols bezeichnet. Es ist deshalb vielleicht nicht unangebracht, darauf hinzuweisen, daß dies eine sprachliche Ungeheuerlichkeit ist, die besser durch das Wort „Erreichung“ ersetzt würde. Denn der Südpol ist nur ein mathematischer Punkt ohne irgend welche Ausdehnung, dessen Lage auf der Karte genau bekannt ist, genauer als diejenige mancher großen Städte. Einen solchen Punkt kann man aber ebensowenig entdecken wie irgend eine andere Stelle des Erdballes unserer Erde, z. B. den Schnittpunkt des Meridians von Greenwich mit dem Äquator.

Erst seit einigen Jahren übrigens ist der Südpol selbst das Ziel der antarktischen Forschung geworden. In früheren Jahrhunderten galten die Fahrten nach Süden hauptsächlich der Suche nach einem unbekanntem Land, der „Terra Australis Incognita“, das auf den Karten des Altertums und des Mittelalters den größten Teil der südlichen Erdbälfte einnahm. Erst der große britische Seefahrer James Cook wies auf der zweiten seiner drei weltumspannenden Reisen in den Jahren 1773 und 1774 nach, daß dieses große Südländ nicht existierte. Cook war auch der Erste, der am 17. Januar 1773 den Südpolarkreis passierte und dann weiter bis zur geographischen Breite von 71 Grad 10 Minuten in die Südpolarzone vordrang, ohne jedoch irgendwo auf Land zu stoßen. Das erste Land innerhalb der Südpolarregion wurde von dem Russen F. W. v. Bellingshausen am 22. Januar 1821 in der Meinen Peter-Iwan'el gefunden. Die größten Entdeckungen aber fallen in die Jahre 1839 bis 1842. Der Franzose J. S. C. Dumont d'Urville, der Amerikaner C. Wilkes und der Engländer J. C. Ross, die zusammen aber neun Schiffe verlegten, teilten sich in den Ruhm, dieser Epoche der Südpolarforschung durch die erzielten nächsten Erfolge eine historische Bedeutung verliehen zu haben. Die wichtigsten Resultate hatte Ross aufzuweisen, der in dem Südpolar-Bezirk das rechte Kontinentaleis entdeckte, das uns bis jetzt in der Antarktis bekannt geworden ist, der außerdem in 78 Grad 10 Minuten südlicher Breite dem Südpol bis auf 1830 Kilometer nahe kam und dort jenseits rätselhaft, 700 Kilometer lange, hohe Eisbänke des Barriere-Eises fand, auf dem Amundsen im Jahre 1910 sein Winterquartier aufschlugen konnte. Immer mehr aber machte sich in der Folgezeit eine andere Auffassung von den Eischen der Polarforschung geltend, deren Hauptvertreter der Österreicher Weyprecht war. Der große Aufschwung der Naturwissenschaften hatte zu einer weitachenden Spezialisierung der einzelnen Wissenschaften geführt, von denen jeder bei der Polarforschung berührt zu werden verlangte. Die Vertreter der

Geophysik und Meteorologie, Oceanologie und Nautik, Mineralogie und Geologie, Botanik und Zoologie verlangten erd- und meteorologische, Strömungs- und Organismen-Beobachtungen, Sammlung aller naturwissenschaftlichen Gegenstände und Lebewesen aus der Polarwelt, um zu einem Verständnis der Weltweite aller Erscheinungsformen auf der Erde und des Einflusses, den die einzelnen Erdräume aufeinander selber ausüben und noch ausüben, zu gelangen. Nachdrücklich wurde betont, daß die Auffindung neuer Landmassen keine wissenschaftliche Leistung sei, und daß von nun an die wissenschaftlichen, insbesondere die physikalischen Beobachtungen und Messungen Hauptwert der Expeditionen werden müßten. Diese wissenschaftliche Auffassung, daß eine intensive Polarforschung an die Stelle einer erlenzierenden zu treten habe, darf auch heute noch bei den deutschen Naturforschern als die vorherrschende betrachtet werden; Erwägungen ähnlicher Art waren für die internationale Südpolarforschung maßgebend, die in den Jahren 1901 bis 1903 nach gemeinsamen Plan in verschiedenen Teilen des Südpolargebietes ins Werk gesetzt wurde. Die deutsche Expedition unter E. v. Dringoltski entdeckte damals Kaiser Wilhelm II.-Land und den Gaußberg, die Schwedische unter C. Nordenskjöld war südlich von Amerika, die englische unter R. F. Scott entdeckte das von Ross entdeckte Barriere-Eis, welches, wie wir jetzt wissen, eine größtenteils schwimmende Eisinsel von der Größe des Kaiser-Wilhelm-Landes darstellt. Einer von Scotts Begleitern, E. S. Shackleton führte dann eine eigene Expedition nach der Antarktis, und ihm gelang es bekanntlich am 9. Januar 1906 bis 68 auf 1804 Kilometer dem Südpol zu nähern, den R. Amundsen dann am 14. Dezember 1911 erreichte. Bei der Angabe dieses Datums ist jedoch ein Vorbehalt notwendig, der die eigentliche Stellung, welche der Südpol in unserer bürgerlichen Zeitrechnung einnimmt, deutlich beleuchtet, nämlich den, daß eine einzelne Datumsangabe zur Definition eines bestimmten Tages am Südpol nicht ausreicht. Bei der Drehung der

Berlin wolkenden Vertreter Rußlands in Wien, Darmstadt und Kopenhagen, die Herren v. Gise, van der Niet und v. Burghoel empfangen und mit ihnen längere Zeit konfiziert. Nach der Konferenz mit dem russischen Gesandten begab sich Sazonow mit dem russischen Votschafter in Berlin, Herrn v. Smerbesew in die russische Votschaft. Mittags lehrte Sazonow ins Hotel zurück und empfing mehrere Besuche, darunter besonders jene der diplomatischen Vertreter der Balkanstaaten in Berlin. Die Zusammenkunft mit den leitenden deutschen Staatsmännern findet erst heute nachmittags statt und zwar mit dem Staatssekretär v. Ribbentrop-Wächter zuerst und dann mit dem Reichskanzler.

* Berlin, 8. Okt. Von autoritativer russischer Seite wird die Nachricht der „Frankf. Ztg.“, wonach die russische Staatsbank der bulgarischen Nationalbank im Auslande einen Kredit von 25 Millionen Franken eröffnet hätte, als vollständig aus der Luft gegriffen bezeichnet.

* Konstantinopel, 8. Okt. Reschid Pascha ist hier eingetroffen.

* Konstantinopel, 8. Okt. Nach einer Meldung der Agence Havas ist in Mazedonien der Belagerungszustand proklamiert worden.

Nationalliberale Partei und Teuerung.

Ueber die Sitzung der nationalliberalen Reichstagsfraktion in Heidelberg wird heute folgender parteiamtlicher Bericht ausgegeben:

Die nationalliberale Reichstagsfraktion, die sich am Samstag und Sonntag zu zwangloser Geselligkeit mit den Heidelberger Parteifreunden in der herrlichen Redarstadt vereinigt hatte, betrieb in einer Sitzung am Sonntag Fragen der auswärtigen Politik, der Reichsfinanzreform und der Lebensmittelteuerung. Anwesend waren die Abgg. Bassermann, Bartling, Dr. Klantenborn, Dr. Bätwinke, Beck, Klebe, Thoma, Dr. Hoppe, Schulenburg, Dr. Luard, Held, Götting, Hst, Steinach, Meyer-Hersford, Dr. von Colfer, Dr. Böttger, Frau v. Nidthofen, Kerschbaum, Bamhoff, Lützel, Zimmermann, Wittum, Jeller, Dr. Ortman, Ged, Hepp und Koesch sowie Generalsekretär Breithaupt-Berlin, zu denen sich zahlreiche badische Parteifreunde, darunter der Führer Reimann, gesellten.

Die Maßnahmen und Vorschläge der verbündeten Regierungen hinsichtlich der Teuerung wurden eingehend geprüft; dabei wurden auch die Forderungen auf dauernde oder vorübergehende Aufhebung der Futtermittelzölle und auf Einführung von Gefrierfleisch behandelt. Der leitende Grundgedanke der Besprechung war, daß Deutschland in seiner Versorgung mit den notwendigen Lebensmitteln nicht vom Auslande abhängig werden dürfe. Nachdrücklich wurde die Notwendigkeit der Förderung aller Maßnahmen betont, welche eine Verstärkung der heimischen Viehproduktion und des Ansehens von einheimischem Fleisch herbeizuführen geeignet sind. Insbesondere wurde die innere Kolonisation und die Vermehrung des mittleren und kleinen Bauernstandes, ferner die Schaffung eines Reichsgesetzes durch welches schädlicher Fideikommissbildung entgegenzuwirken ist, als dringliche Aufgaben bezeichnet. Zur weiteren Klärung der Frage der Zulassung von Gefrierfleisch wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus folgenden Abgeordneten: Bamhoff, Klebe, Dr. Hoppe, Ged, Held, Dr. Böttger, Jeller, Kölsch und von Nidthofen.

Die Abgg. Dr. Friedberg und Schiffer haben mit Unterstützung der nationalliberalen Fraktion folgende Interpellation im preussischen Abgeordnetenhause eingebracht:

Ist die Königl. Staatsregierung in der Lage, darüber Auskunft zu erteilen,

- a) in welcher Art und mit welchem Erfolg die von ihr angeforderten vorübergehenden Maßregeln gegen die Fleischteuerung zur Ausführung gelangt sind,
- b) welche Maßnahmen sie im einzelnen zur Steigerung der inländischen Fleischproduktion zu treffen gedenkt, um der Fortdauer oder baldigen Wiederkehr der Fleischteuerung vorzubeugen.

Die vorliegende Anfrage an die preussische Staatsregierung erscheint in mehrfacher Hinsicht berechtigt und geboten. Die Maßnahmen, die Kommunen für den Verkauf billigen ausländischen Fleisches heranzuziehen, stellt die meisten Stadtverwal-

tungen vor ganz neue Aufgaben, die nicht leicht zu lösen sind. Da erscheint es von Interesse, zu erfahren, ob sich die Regierung der Regierung auf diese Hilfe bewährt hat. Denn erst dadurch wird es möglich, sichere Unterlagen für die Beurteilung der Wirksamkeit der einzelnen Maßnahmen zu gewinnen. Sagen doch die einen, daß die Vorschläge der Regierung überhaupt nichts nützen, die andern, daß sie das Fleischnetzwerk schädigen, und wieder andere, daß sie die heimische Landwirtschaft ruinieren. Die Interpellation bietet der Regierung die Gelegenheit, diese Prophezeiungen auf ihren wahren Wert zurückzuführen und gleichzeitig eine sichere Grundlage für die Beurteilung der Sachlage zu liefern, an der Produzenten wie Konsumenten das gleiche Interesse haben. Handelt es sich hier um die von der Regierung vorgehenden vorgesehene Maßnahmen, so betrifft der zweite Teil der Anfrage die Vorschläge zur dauernden Beseitigung der Fleischteuerung durch die Steigerung der inländischen Fleischproduktion. Diese scharfe Zweiteilung besagt zugleich, daß die Nationalliberale Partei den Vorschlägen über Öffnung der Grenzen, Zollleichterung usw. eine dauernde Wirksamkeit gegen die Fleischteuerung nicht zuerkennt, daß sie diese vielmehr nur in einer Vermehrung der heimischen Produktion erblickt. Bei der Beantwortung dieses Teils der Anfrage wird die Regierung Gelegenheit haben, sich noch etwas deutlicher und bestimmter als bisher über die Maßnahmen zu verbreiten, die in der Richtung der Hebung der Viehzucht, der Vermehrung des bäuerlichen Besitzes, der Einschränkung der Bauernlegerei u. a. liegen. Natürlich hat die Königl. Staatsregierung hier bisher schon Ansehnliches geleistet, denn die Anerkennung nicht versagt werden soll; es wird sich aber jetzt darum handeln, größere Ziele aufzustellen, die erfolgversprechender sind als die bisherigen.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 8. Oktober 1912

Traubs Verteidigung.

In der nicht nur für die protestantische Kirche, sondern für unser ganzes Kulturleben bedeutsamen Angelegenheit, die den Namen des Falles Traub trägt, ist jetzt das wichtigste Dokument erschienen: die Aufklärung, die der abgesetzte Pfarrer selber über seinen Prozeß vor dem Oberkirchenrat gibt. Unter dem Titel „Meine Verteidigung gegen den Evangelischen Oberkirchenrat“ hat Traub bei Karl Georgi in Bonn das ganze Material vom Verfahren gegen Jatho an bis zu seiner eigenen letzten Beurteilung in Berlin zusammengestellt und auch die Anklagepunkte, die Professor Baumgarten gegen den Oberkirchenrat gesammelt hat, sowie die Beschwerdeschrift, die die Reinoldi-Gemeinde an das Staatsministerium gerichtet hat, noch hinzugefügt. Den Kern der Schrift bildet aber, was Traub selbst gegen das Urteil des Oberkirchenrats zu sagen hat. Man kann sagen: stärker ist wohl noch nie eine Behörde bloßgestellt worden wie hier die höchste amtliche Vertretung der preussischen Landeskirche. Man fühlt, daß Traub die Feder gezittert hat bei seinen Sätzen über das Verfahren des Oberkirchenrats; aber trotzdem verläßt er nie die Bahn sachlicher Darstellung und läßt den Leser selbst seine Schlüsse aus den mitgeteilten Tatsachen ziehen. Wir setzen zur Veranschaulichung nur folgende Probe hierher:

Der Oberkirchenrat sagt: Die Darstellung des Sachverhaltes, die ich vom Verfahren des Oberkirchenrats gegeben hätte, sei unvollständig, was sie sagt und unvollständig in dem, was sie verschweigt. Ich vergegenwärtige mir jenen Sitzungssaal, in dem ich meine Verteidigungsgrede gehalten habe. Dort saßen Jatho und Baumgarten. Sie haben kein Wort davon gesagt von dem, was der Oberkirchenrat hier behauptet, sondern haben mir gedankt. Dort saßen die Vertreter der Kölner Gemeinde, Pfarrer Rabede und Herr v. Reddinghausen. Sie haben alle die in meiner Rede behandelten Einzelheiten miterlebt und sie haben mir nach der Rede keinen Vorwurf der Unwahrhaftigkeit gemacht, sondern mir gedankt. Dort saßen die Juristen Professor Geßlein und Landgerichtsdirektor Kayser. Sie begleiteten die ganze Verhandlung mit schärfstem Interesse. Keiner hat mir nachher gesagt, daß ich Unwahres behauptet; sie haben mir gedankt. Ich habe meine Rede veröffentlicht und wenn der Oberkirchenrat das Protokoll der Jatho-Verhandlungen endlich einmal veröffentlichte, würde, so würde die gesamte Welt darüber urteilen können, ob meine Wiedergabe in der „Christlichen Freiheit“ mit der dortigen Rede übereinstimmt oder nicht. Nun sind seitdem mehr denn zwölf Monate ins Land gegangen und jetzt verkündet der Oberkirchenrat, daß meine damalige Darstellung unvollständig ist, was sie sagt und unvollständig durch das, was sie verschweigt! So will er sich nachträglich rechtfertigen für den Jatho-Prozeß! Das ist der Sinn seiner ganzen Urteilsbegründung.

Jeder Jurist, so urteilt die „Köln. Ztg.“, der die Ausführungen Traubs liest, wird staunen darüber, daß ein solches Urteil in unserem Jahrhundert möglich war, ja, daß es vor einem religiösen Forum möglich war. Aber noch mehr sollten die protestantischen Laien staunen, daß ihre Kirche sich mit rapider Schnelle zu einer Beamtenhierarchie entwickelt und so des besten Gutes verlustig geht, das der Protestantismus zu unserm Kulturleben beigetragen hat, der lebendigen Kraft des freischaffenden Geistes. Jatho und Traub waren Männer dieses Geistes, und daß sie des Pfarramtes verwiesen worden sind, wird diesen Geist auf lange hinaus dämpfen — es möchte denn sein, daß die Laien dem Kirchentum klar machten, daß seine Auffassung von der Kirche nicht die ihre ist!

Das Eingreifen unbeteiligter Dritter in Streifangelegenheiten.

Vom Verband Südwestdeutscher Industrieller wird uns geschrieben:

Der Verband Südwestdeutscher Industrieller sah sich kürzlich genötigt, gegen das Eingreifen unbeteiligter Dritter in Streifangelegenheiten aus Anlaß eines besonders eklatanten Falles energisch Protest einzulegen.

Bei der Deutschen Steinzeugwarenfabrik für Kanalisation und chemische Industrie in Friedrichsfeld in Baden war es bekanntlich im vergangenen Sommer zwischen Fabrikleitung und Arbeiterschaft zu Differenzen hinsichtlich der Gültigkeitsdauer eines Tarifvertrages gekommen. Der als Schiedsrichter angerufene Vorsitzende des Mannheimer Gewerbegerichtes hatte den Tarifvertrag als noch zu Recht bestehend erklärt.

Trotzdem und obwohl die Fabrikleitung in den Verhandlungen mit der Arbeiterschaft dieser eine pro Jahr rund Mk. 100 000 betragende Lohnerhöhung zugestand, traten die Arbeiter in den Streik.

Da fühlte sich der Stadtpfarrer, Herr Dr. Ernst Lehmann, in Mannheim bewogen, in diesen Streik zu Gunsten der Arbeiterschaft, und zwar in seiner Eigenschaft als Pfarrer, — denn er unterrichtete den in der Tagespresse von ihm veröffentlichten „offenen Brief an die Deutsche Steinzeugwarenfabrik“ als evangelischer Pfarrer, — einseitig einzugreifen.

Gegen dieses Vorgehen des genannten geistlichen Herrn, das nicht geeignet war, einigend zu wirken, das vielmehr trennend wirkte und die Gegensätze verschärfte, sah sich der Verband Südwestdeutscher Industrieller im Interesse der von ihm vertretenen Industrie, wie erwähnt, veranlaßt, energisch Front zu machen.

Die an die vorgeordnete Behörde des Mannheimer Stadtpfarrers Dr. Lehmann seitens des Verbandes eingelegte Beschwerde richtete sich nicht gegen den Politiker Dr. Lehmann, sondern gegen den Stadtpfarrer und geistlichen Herrn, dessen Aufgabe es ist, über den Parteien zu stehen.

Der Verband Südwestdeutscher Industrieller nimmt für sich selbstverständlich das Recht der Kritik und freien Meinungsäußerung in Anspruch und ist ebenso selbstverständlich weit davon entfernt, dieses Recht irgend einem Staatsbürger zu beeinträchtigen oder zu schmälern.

Ein öffentliches Amt und vor allen Dingen das Amt eines Geistlichen legt dem Inhaber desselben aber eine gewisse Rücksichtnahme und die Pflicht der Zurückhaltung auf, die im vorliegenden Falle Herr Stadtpfarrer Dr. Ernst Lehmann durch sein einseitiges Eingreifen in den Friedrichsfelder Streik eben nicht geübt hat.

Die Ansicht des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller in der Angelegenheit deckt sich vollkommen mit der erfolgten Stellungnahme des evangelischen Oberkirchenrates; die an Stadtpfarrer Dr. Ernst Lehmann in Mannheim ergangene und dem Verband Südwestdeutscher Industrieller mitgeteilte Entscheidung des evangelischen Oberkirchenrates geht dahin:

„Wiederholt hat der Evangelische Oberkirchenrat in Bescheiden auf die Pfarrsynoden und Diözesansynoden dargelegt, daß es den Geistlichen unbenommen ist, sich im politischen und sozialen Leben zu betätigen. Es ist dabei aber jeweils darauf hingewiesen worden, wie dem Geistlichen die Rücksicht auf seinen Berufsdienst auch eine gewisse Zurückhaltung auferlegt.“

Erde um ihre Rotationsachse, deren Endpunkte die Pole darstellen, kommen die einzelnen, vom Nordpol zum Südpol verlaufenden Meridiane nacheinander in die gleiche Lage zur Sonne, so daß z. B. wenn die Sonne gerade in der Ebene des Meridians von Greenwich steht, auf diesem mitten genau Mittag ist, der 15. Meridian westlich von Greenwich eine Ortszeit von 11 Uhr vormittags hat, also erst eine Stunde später in die gleiche Lage zur Sonne kommt. Der dem Greenwich-Meridian gerade entgegengesetzte 180. Meridian dagegen hat zur Greenwich-Mittagszeit genau Mitternacht, so daß hier ein Wechsel des Tagesdatums eintreten muß. Hält man also vom Greenwich-Meridian aus an einem Sonntag die Stunden herum weiter, so müßte dem 180. Meridian die Mitternachtsstunde zwischen Sonntag und Montag zugewiesen werden; zählt man dagegen nach Westen herum, so würde der gleiche Meridian den Sonntag vom Sonntag scheiden. Um diese Unstimmigkeit zu beseitigen wird bekanntlich in die Zeitrechnung ein willkürlicher Sprung eingelegt. Die Meridiane sind gewissermaßen die Träger der Ortszeit, die 180. Meridian bildet somit die natürliche Datumsgrenze, die zwar in ihrem wirklichen Verlauf einige, durch die nautische Praxis gebotene Abweichungen von dieser theoretischen Linie zeigt, im großen und ganzen aber doch mit ihr zusammenfällt. Ostlich der Datumsgrenze, die mitten durch den Stillen Ocean verläuft, ist die Zeit immer um einen vollen Tag oder die Nachbargebiete westlich derselben zurück. Jedes Schiff, das die Trennungslinie passiert, muß daher auf der Fahrt von Osten nach Westen einen Tag überbrücken, auf der Fahrt von Westen nach Osten dagegen einen Tag doppelt zählen, um mit der europäischen Datierung in Uebereinstimmung zu bleiben.

Nun hatte Amundsen sein Winterquartier östlich, Scott dagegen, der jetzt auf einer neuen Expedition begriffen ist, gleichzeitig westlich der Datumsgrenze. Hätten beide, was immerhin im Bereich der Möglichkeit lag, am gleichen Tag den Südpol er-

reicht, so würde der erstere diesen Tag beispielsweise als den 14. Dezember, der letztere als den 15. Dezember bezeichnet haben, und zwar beide ohne sich eines Fehlers schuldig zu machen. Daraus geht klar hervor, daß man ein bestimmtes Einzeldatum auf die Pole nicht anwenden kann, sondern zur eindeutigen Bezeichnung eines Tages daselbst ein Doppeldatum, in unserem Beispiel den 14./15. Dezember setzen müßte. Ähnlichen Schwierigkeiten begegnen wir bei der Feststellung der Tagesstunde; denn auch die Ortszeit kann an den Erdpolen nicht mehr eindeutig bestimmt werden, weil hier mit allen Meridianen auch die an dieselben gebundenen Tagesstunden zusammentreffen, der tägliche Unterschied zwischen Mittag und Mitternacht also verschwindet, sobald Tag und Jahr zu identischen Begriffen werden. Wollte man die bei uns übliche Tageseinteilung auf den Südpol übertragen, so hätte die Vorderseite eines Menschen, der genau am Pol steht und sein Gesicht der Sonne zuwendet, Mittags die rechte Körperhälfte hätte Abend, die linke Morgen und die Rückseite Mitternacht.

Eine weitere Folge dieser einzigartigen Verhältnisse ist das Verschwinden der Himmelsrichtung Osten, Süden und Westen am Südpol. Nur der Norden ist noch übrig geblieben, und nach welchem Punkte der Erdoberfläche man auch sehen mag, man richtet den Blick stets nach Norden. Jeder Wind weht aus Norden und gleichzeitig nach Norden. Es ist auch keine Orientierung nach der Sonne möglich, da diese ihre Höhe über den Horizont nicht merklich ändert. Sie erhebt sich nicht, wie wir es bei uns gewohnt sind, täglich am Himmel und sinkt nachts wieder herab, sondern sie bleibt, nachdem sie am 23. September aufgegangen ist, beständig über dem Horizont, ihn in 24 Stunden einmal umkreisend, wobei sie langsam immer höher steigt, bis sie am 22. Dezember ihren höchsten Stand, 23 1/2 Grad über dem Horizont, erreicht hat. Dann sinkt sie ebenso langsam wieder herab, um am 20. März unter dem Horizont zu verschwinden, worauf eine 180-tägige Winternacht, die allerdings durch die Strahlenbrechung eine Abkürzung erfährt, dem

179 Tage währenden Sommertage folgt. Da die meteorologischen Verhältnisse eines Gebietes in erster Linie von den Veränderungen des Sonnenstandes abhängig sind, so muß also das Klima am Südpol ganz eigenartig sein.

Ein Wechsel der Lufttemperatur, wie er sich bei uns in der Erwärmung am Tage und der Abkühlung bei Nacht bemerkbar macht, ist dort nicht zu erwarten. Vielmehr darf man annehmen, daß der Wechsel in den meteorologischen Elementen, der sich bei uns im Laufe eines Tages abspielt, dort auf die Dauer eines Jahres ausgedehnt ist.

Uebersieht man sich für die physikalische Geographie kaum einen interessanteren Punkt geben als den Endpunkt der Achse unserer Erde, der in Wahrheit den ruhenden Pol in den Erscheinungen flucht darstellt. Während am Äquator die Erdoberfläche mit einer Geschwindigkeit von 465 Metern in der Sekunde um die Erdachse herumgeschleudert wird und nach in unseren Gegenden mit nahezu 300 Metern in der Sekunde dahinschleift, geht diese Bewegung am Pol selbst in absolute Ruhe über. Durch die Wucht des Erdumschwungs kommt bekanntlich eine Aufwölbung des Erdrandes am Äquator und dementsprechend eine Abplattung an den Polen zustande, so daß die Entfernung der Meeressoberfläche unter dem Äquator vom Erdmittelpunkt 6377, diejenige des Nordpols 6356 und diejenige des in mehr als 3000 Metern Höhe gelegenen Südpols 6399 Kilometer beträgt. Diese Abplattung der Erde macht sich schon auf verhältnismäßig kurze Entfernungen bemerkbar, wie z. B. daraus hervorgeht, daß ein Punkt am Nordende der Friedrichstraße in Berlin, lediglich der Abplattung wegen, vom Erdmittelpunkte um 10 1/2 Meter näher liegt, als ein in gleicher Seehöhe gelegener Punkt am Südenbe derselben. Da nun die Anziehungskraft der Erde um so stärker wirkt, je näher man sich dem Erdmittelpunkte befindet, so muß die Erdanziehung oder Schwerkraft an den Polen stärker sein als irgendwo sonst auf der Erdoberfläche in gleicher Höhe über dem Meere. Ein an

überlegende Manfarde, um nach ihrem kleinsten Rinde zu sehen; daselbst muß sie sich hingestreckt haben und eingeschlafen sein. Als sie nach 1 1/2 Stunden erwachte, fiel ihr ein, daß in der Küche der Herd brannte. Mit brennender Lampe eilte sie zur Küche und beim Öffnen der Küchentür schlug ihr eine mächtige Stichtlampe entgegen, sodaß der Frau Gesicht und Hände sehr stark verbrannt wurden. Trotzdem hatte die Frau noch die Geistesgegenwart, den Gashahn zu schließen. Die erfolgte Explosion war aber derartig, daß drei starke Wände einstürzten und das Dach gehoben wurde. Glücklicherweise schlief das Dienstmädchen des im Hause wohnenden Ingenieurs Georg Strauch nicht wie sonst in der neben der Küche liegenden Manfarde, da es sonst unfehlbar durch die einstürzende Mauer erschlagen worden wäre. Eine Mauer stürzte die Treppe hinunter und zertrümmerte in der ersten Etage die Vorplatztür des Ingenieurs Strauch, wodurch dessen Familie aus dem Schlafe geweckt wurde. Die älteren Kinder der Frau Sommer blieben unverletzt. Das Unglück ist dadurch entstanden, daß sich der Gashahn des Herdes löstete.

— Große Unterschlagungen. w. Ralbe a Soale, 8. Okt. Gestern nachmittags ist der 18jährige Kaufmannslehrling Hermann Anders nach Unterschlagung von 10 000 M. hinhängt geworden. Er soll sich nach Leipzig gerandt haben.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Darmstadt, 8. Okt. Der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Wirkliche Geheime Oberregierungsrat Dr. Kaufmann, ist in Begleitung des Kaisers, Regierungsrates Dieh gestern hier eingetroffen, um das Personal und den Betrieb der nach Aufhebung des Großherzoglichen Landesversicherungsamtes vom 1. Oktober der Aufsicht des Reichsversicherungsamtes unterstellten Landesversicherungsanstalt und der Land- und Forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft genauer kennen zu lernen. Gestern vormittag wurde in Begleitung des Dr. Dieh die Landesversicherungsanstalt selbst und nachmittags die Ernst Ludwig-Heilstätte bei Sandbach eingehend besichtigt. Heute und in den nächsten Tagen werden noch weitere Besichtigungen im Lande erfolgen.

* Friedrichshafen, 8. Okt. Das Marineluftschiff „A. 1“ ist heute vormittag 10.06 Uhr zu einer neuen Probefahrt aufgelegte, die trotz des ziemlich trübigen Wetters wohl auf eine längere Zeit als gestern ausgedehnt werden soll. Dieselbe wird Geschwindigkeitsmessungen dienen und sich möglicher Weise auch zu einer Höhenfahrt gestalten.

* Nordhausen, 8. Okt. Bei der Haltestelle Niedergerbra der Strecke Nordhausen-Leinefelde sind gestern von dem um 9 Uhr abends in der Richtung nach Nordhausen verkehrenden Güterzuge mehrere Wagen entgleist und mit solcher Wucht in einander gefahren, daß die Wagen sich aufeinander türmten und die Gleise hundertlang nach beiden Richtungen gesperrt waren. Von Nordhausen mußte ein Hilfszug mit Arbeitern zur Unfallstelle abgeandt werden. Nach angestrengter fünfständiger Tätigkeit konnten die Wägel wieder langsam passieren. Die Wägel in der Richtung Halle-Kassel und Kassel-Halle erlitten durch den Unfall mehrschändige Verspätungen und auf den Übergangsstationen war keinerlei Anschluß mehr zu erreichen. Der Materialschaden ist bedeutend.

* London, 8. Okt. (Von unserem Londoner Bureau.) Der Ministerpräsident Louie de gestrigen ersten Verdichtung des Parlamentes nicht beimohnen, da er sich eine Erhaltung ausproben hat. Er steht in ärztlicher Behandlung, doch wird berichtet, daß sein Leben nicht von Bedeutung sei, sondern daß er bereits übermorgen wieder im Unterhause erscheinen werde, um den Antrag zu stellen, daß bei der Debatte über die Homerale-Bill die Guiltotine angewandt werden soll, damit man schneller zu Ende komme.

w. Solpawski, 8. Okt. Der Präsident der Republik Abergab in Gegenwart zahlreicher Mitglieder beider Kammern, des diplomatischen Korps und der Spitzen der Behörden unter großer Feierlichkeit die neuen Botschaften dem Verkehr.

Die Mainkanalisation.

* München, 8. Okt. In einem Nachtrag zum Budget für 1912/13 sind in der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten für die Kanalisation des Raums von Honau bis Achshausen und für die Errichtung einer Umfahranlage bei Leiber als erste Rate drei Millionen Mark angefordert. Die Mittel für die erste Rate von drei Millionen Mark sollen auf allgemeine Staatsanleihen übernommen werden. Einschließlich ist ein Antrag Dr. Caselmann (liberal) und Genossen, die Regierung zu ersuchen, die Fragen der Mainkanalisation über Achshausen hinaus auf das Entgeltlose zu fördern. Die Handelskammer Würzburg petitioniert im Namen mehrerer interessierter Städte und Gemeinden im gleichen Sinne. Dem Antrage Caselmann hat der Ausschuss zugestimmt. Die Petition war der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen worden. Abg. Hübsch (liberal) begrüßte es, daß mit der Vorlage endlich ein Schritt weiter gemacht werde in der Mainkanalisation. Er erklärt namens seiner Partei die Zustimmung zu der Nachtragsforderung. Redner verlangt dann, daß alle Zugeständnisse, die Preußen Bayern jetzt gemacht habe, festgelegt werden sollen durch Gesetz, damit Bayern keinen Schaden erleide für den Fall, daß Artikel 2 des Schiffsabgabengesetzes nicht zur Durchführung komme. Wenn Bayern sich nach dieser Richtung hin nicht sichere, könne Preußen Bayern ganz empfindlich schädigen dadurch, daß es auf dem Untermain Abgaben einführe, die die Vorteile für den kanalisiertem Obermain vollkommen aufheben würden. Redner würde es für einen großen Fehler halten, wenn bei Kreuzweheim der Endpunkt für die zukünftige Mainkanalisation festgelegt werde. Man solle das Projekt großzügig ausgestalten und die Kanalisation bis Bamberg im Auge behalten, für die auch Prinz Ludwig eingetreten sei.

Berliner Prachtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Zusammentritt der Internationalen Ausstellungenkommission. [Berlin, 8. Okt. (Von unserem Berliner Bureau.) Heute vormittag 11 Uhr wurde im Reichstage die Internationale Ausstellungenkommission durch Unterstaatssekretär Dr. Richter vom Reichsamt des Innern eröffnet. Aufgabe der Konferenz ist, gewisse Fragen des internationalen Ausstellungswesens, insbesondere die Aufeinanderfolge der Ausstellungen zu regeln und hierfür gewisse Normen nach einem von Deutschland vorgeschlagenen Entwurf aufzustellen. Es sind 16 Staaten durch Delegierte vertreten. Von deutscher Seite nehmen u. a. teil: Dr. Lewald, Direktor des Reichsamts des Innern, Geh. Legationsrat Geh. vom Auswärtigen Amt, Geheimrat Fischer vom Handelsministerium und Geh. Kommerzienrat Goldberger, sowie Geheimrat Busley.

800 000 Mark gestohlen.

[Berlin, 8. Okt. (Von unserem Berliner Bureau.) Aus New York wird gemeldet: Ein Geldbrief, der 800 000 Mark enthielt, war hier ohne seinen Inhalt angekommen. Die Empfängerin, die Bar-Bank von New York, erhielt nur das leere Koubert. Anfangs glaubte man, das Geld sei auf dem Wege hierher gestohlen worden. Jetzt wurde merkwürdiger Weise einer der gestohlenen 10 000 Dollarscheine in einer Summe entdeckt, die die Abfenderin des Geldbriefes, die Nationalbank in Kuba, kürzlich an die Filiale der Spanischen Royalbank in Havana einzahlte. Es ist kein Zweifel, daß das Geld in Havana verschwunden ist. Der Geldbrief ist bei einer deutschen Gesellschaft in Mannheim verifiziert.

Der Prozeß gegen die Mörder Rosenthal's.

[Berlin, 8. Okt. Aus New York wird telegraphiert: Der Prozeß gegen den Polizeileutnant Becker, der angeklagt ist, die Ermordung des Spielhöllebesitzer Rosenthal veranlaßt zu haben, hat gestern begonnen. Den Vorsitz im Prozeß führt der Richter des obersten Gerichtshofes, Hoff, einer der berühmtesten Juristen des Landes. Dem Angeklagten stehen 4 Rechtsanwälte zur Seite. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Whitmann. Zu Beginn der Verhandlung beantragte einer der Anwälte die Vertagung der Verhandlung, da einer der Anwälte erkrankt sei. Dieses Manöver, das nur den Zweck haben sollte, den Prozeß in die Länge zu ziehen, gelang jedoch nicht. Der Antrag wurde abgelehnt. Darauf kam es zu einem Zwischenfall. Der Verteidiger griff den Staatsanwalt an und beleidigte ihn, sodaß der Vorsitzende eingreifen mußte. Nach diesem Zwischenfall begann die Auslösung der Geschworenen. Bis zum Abend waren erst 11 Geschworene ausgewählt. 22 im Vorschlag gebrachte Einwohner New Yorks wurden abgelehnt. Die Verhandlung dauerte die ganze Nacht an, bis die 12 erforderlichen Geschworenen gewählt waren. Der Prozeß dürfte mehrere Wochen dauern.

Im Publikum wird allgemein die Verurteilung Beckers erwartet. Zahlreiche Politiker von Tammanyhall, der wegen ihrer Korruption berüchtigten demokratischen Organisation New Yorks, die von der Prozeßbehandlung unangenehme Enthüllungen befürchten, haben New York verlassen.

Am Vorabend des Balkankrieges.

Wir haben an leitender Stelle der Berichterstattung Ausdruck gegeben, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Montenegro und der Türkei nicht ohne Einvernehmen Cetinjes mit Sofia und Belgrad erfolgt sei, daß auch die übrigen Balkanstaaten zum Kriege schreiten würden, da die Aktion der Großmächte und der Reformeiser der Türkei sie nicht beschwichtigt, ihr Mißtrauen nicht beseitigt haben. Die nachfolgenden Depeschen scheinen zu bestätigen, daß wenigstens auch Serbien zum Kriege drängt, vielleicht auch Griechenland, das die verheißenen Reformen unzureichend findet, nur Bulgarien scheint sich noch zurückhalten, was allerdings sehr wichtig wäre, da, wie oftmals betont, der Mittelpunkt der Kriegsgefahr nicht in Belgrad, Cetinje und Athen, sondern in Sofia liegt. Allerdings erwidert es fraglich, ob Bulgarien dem stürmischen Drängen seiner Verbündeten Widerstand leisten können, selbst wenn wir einmal annehmen, es wolle nicht mitmachen. Die Zurückhaltung Bulgariens gegenüber den Vorschlägen der Großmächte und den Reformplänen der Türkei ist mindestens sehr auffällig, daß Bulgarien halb Seite an Seite mit den übrigen Balkanstaaten zu finden sein wird, scheint auch die Meldung aus Sofia zu bestätigen, die uns von unserer Berliner Redaktion übermittelt wird.

Die Nachrichten lauten:

Serbien drängt zum Kriege.

w. Konstantinopel, 8. Oktober. Wie der „Tasin“ meldet, teilen gestern die Botschafter Frankreichs und Russlands die vom Minister des Innern Sossanow und Ministerpräsidenten Poincaré zur Verhängung des Krieges gefassten Entschlüsse mit. Die Gesandten der Balkanstaaten kennen die Absichten ihrer Regierungen nicht und legen sich deshalb Zurückhaltung auf. Die hiesigen bulgarischen Kreise scheinen mit den Absichten der Botsche nicht unzufrieden zu sein. In griechischen Kreisen dagegen wird das Vilajetgesetz von 1880 als unzureichend erklärt. Der griechische Gesandte äußerte, er könne nicht erkennen, ob die Maßnahmen der Botsche die Lage zu klären vermögen. In hiesigen serbischen Kreisen wird der Krieg nach wie vor als unvermeidlich gehalten. Dort wird auch geglaubt, daß die Anwendung des Gesetzes des Einvernehmens der Vollstreckung löse und Streitigkeiten wegen der Abgrenzung der einzelnen Zonen hervorrufen würde.

In dem Obkt betr. den Belagerungsstand werden öffentliche Versammlungen, Kundgebungen und Geheimbünde verboten, dagegen Versammlungen in Klubs gestattet. Verleumdende Veröffentlichungen gegen die Regierung, die innere und äußere Politik sind untersagt, eine Kritik innerhalb des Prehaletzes jedoch gestattet. In hiesigen amtlichen Kreisen glaubt man, daß die Unterzeichnung des italienisch-türkischen Vertrages in Dada erst in einigen Tagen stattfindet.

w. Belgrad, 8. Okt. (Wiener Korr.-Bureau.) Die Nachrichten über das Einberufen der Großmächte betr. einer Intervention in der Frage der Reformen rufen hier das lebhafteste Interesse hervor, stehen jedoch teilweise auf Zweifel. Insbesondere äußern einzelne Prehoren die Besorgnis, die Verbreitung dieser Nachricht bewege die Verletzung der Aktion der Balkanstaaten, ohne daß ihnen eine volle Garantie für die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen geboten werde. Patriotische Kreise beginnen allenthalben darauf zu drängen, daß die militärische Aktion der Balkanstaaten beschleunigt werde.

[Berlin, 8. Okt. (Von unserem Berliner Bureau.) Die Handelsgesellschaft erhielt heute vormittag ein aedern von Belgrad abgegangenes und um 11.03 Uhr eingetroffenes Telegramm: Die Skupstina beschloß ein dreimonatiges Moratorium für Handels- und Privatschulden. Sie genehmigte einen Kredit von 20 Millionen Frs. für die Zwecke der Mobilisierung, eventl. weitere 10 Mill. wenn nötig.

Die Arienverkörung Montenegro wird morgen (Dienstag) überreicht werden. Bulgarien und Serbien werden sich morgen (also heute) entscheiden.

Kriegsstimmung in Sofia.

w. Sofia, 8. Okt. Ein von der Sobranie an die Parlamente in Belgrad, Athen und Cetinje gerichtetes Telegramm spricht die

hoffnung aus, daß die christlichen Balkanstaaten unlösbar vereint den gemeinsamen Kampf gegen die Anarchie und Tyrannei, unter denen die Stammesgenossen in der Türkei zu leiden haben, aufnehmen werden, um der Ordnung, Gerechtigkeit und Freiheit zum Siege zu verhelfen.

[Berlin, 8. Okt. Aus Sofia wird gemeldet: Der Optimismus der Berliner Kreise scheint hier sehr wenig angebracht. Der Aufmarsch der serbischen und bulgarischen Truppen in erster Linie ist vollzogen. In Serbien hört man öffentlich: Entweder Krieg oder Revolution! Auch hier ist die Stimmung derart, daß die endgültige Vorkommnisse aller Berechtigungen ganz automatisch zum Kriege führen wird. Allerdings rechnet noch eine schwache Minderheit mit der Möglichkeit des Friedens; aber diese verlangt statt der Verpflichtungen Garantien für die türkischen Reformen. Während die serbischen Truppen bisher über die bulgarische Grenze transportiert wurden, scheint jetzt von Nißch aus gegen Kistib ein zweite Armee getüdet zu werden.

Verschärfung der Lage durch den Schritt Montenegros.

[Berlin, 8. Okt. (Von unserm Berliner Bureau.) Aus Budapest wird gemeldet: In dem selbständigen Vornehen Montenegros erblickt man hier ein erschwerendes Symptom. Der Schritt des Königs Nikita verändert die Situation ganz bedeutend. Bisher hatte man immer geglaubt, daß die Balkanstaaten gemeinsam den Schritt in Konstantinopel unternehmen wollten. Jetzt sind die Mächte vor eine ganz neue Aufgabe gestellt.

[Berlin, 8. Okt. (Von unserm Berliner Bureau.) Aus Wien wird telegraphiert: Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Montenegro und der Türkei wird hier als Verschärfung der Lage aufgefaßt. Man hat den Eindruck, daß König Nikita infolge der günstigeren Nachrichten während der letzten Tage ein „fait accompli“ schaffen wollte. Eine besondere Demonstration scheint darin zu liegen, daß der Schritt gerade am Geburtstage des Königs erfolgte. Die Balkanstaaten sehen sich vor die Frage gestellt, ob sie an ihrer Solidarität festhalten wollen. Jedenfalls glaubt man, daß die verbündeten Balkanregierungen nicht einheitlich und gemeinsam vorgehen.

Die Haltung Montenegros wird die Vertreter Oesterreich-Ungarns und Russlands nicht abhalten, im Einvernehmen alle Großmächte nochmals die ernstesten Vorstellungen zu erheben.

[Berlin, 8. Okt. An der Berliner Börse wurde die Nachricht der Kriegserklärung Montenegros zunächst nicht geglaubt. Sie machte daher auch keinen Eindruck. Vorübergehend wurde sie sogar von Wien aus demontiert. Nach 3 Uhr war die Tendenz der Börse abgeschwächt. Dies kam weniger an den Kurzen, als im Geschäftswertebe zum Ausdruck.

Die Kriegsrüstung der Türkei.

w. Saloniki, 8. Okt. Das jungtürkische Hauptkomitee hat an alle Niederlassungen in der Provinz ein Rundschreiben erlassen, in dem diese aufgefordert werden, in dem gegenwärtigen kritischen Augenblick alle Streitigkeiten beiseite zu lassen, sich zu einigen und der Regierung die Hand zu reichen, damit die Nation in diesem gefährlichen Augenblick einig und kräftig sei.

w. Saloniki, 8. Okt. Nach der hervorragenden Volkführer der Albanier Bairam, Kur, Iffa, Voketinoz und Nisa Bey haben sich bereit erklärt, sich mit allen Anmatten an der Verteidigung des Vaterlandes zu beteiligen. Sie warten nur auf einen Wink, um gegen den Feind zu ziehen. Auch in Dohrida, Janina und Kocryelue finden große Kundgebungen in diesem Sinne statt.

[Berlin, 8. Okt. (Von unserem Berliner Bureau.) Aus Konstantinopel wird gemeldet: Amtlich wird mitgeteilt, daß der Belagerungsstand über Konstantinopel und Rumelien verhängt worden ist. Ein außerordentlicher Ministerrat, der gestern nachmittag zusammentrat, beriet die Reformen für die rumelischen Vilajetts, ferner über Einberufung des Landsturms bis zum Alter von 45 Jahren.

* Konstantinopel, 8. Okt. Der Beschluß, das Gesetz von 1880 zur Anwendung zu bringen, rief bei der Partei der Entente-Liberalen und der Verfassungskomitee einen großen Eindruck hervor, nur die Komittee Partei scheint ihn zu mißbilligen. Um den unzufriedenen Teil des Publikums zu beruhigen veröffentlicht die Botsche eine Erklärung, welche besagt, daß die erforderlichen Reformen geprüft werden. Der Entwurf werde der Zustimmung der Kammer und des Senats sowie der Sanktion durch den Sultan unterworfen werden. Deshalb dürfte die Bevölkerung sich nicht beunruhigen und durch falsche Darstellungen erregen lassen. — Die griechischen Schiffe, die noch nicht vom Marineministerium beschlagnahmt sind, haben die französische Klage geübt.

Die Folgen von Erkältungen

wird man leichter überstehen, wenn man eine Zeitlang Scotts Emulsion einnimmt und dadurch dem Körper neue innere Kräfte zuführt. Die Wirksamkeit von Scotts Emulsion ist so anerkannt und erprobt, daß viele, Erwachsene und Kinder, sie in Zeiten von Erkältungswetter oder vor Eintritt der rauhern Witterung regelmäßig einnehmen, um Erkältungen und Husten vorzubeugen. Die Widerstandsfähigkeit des Körpers wird dadurch ungemein erhöht, eine ganz besonders für schwächliche Personen erwünschte Wirkung, die fast bei jedem Witterungswechsel mit den bekannten Erkältungsbeschwerden zu tun haben.

Aus den reinsten und wirksamsten Bestandteilen zusammengesetzt und durch das eigenartige Scottsche Verfahren zuträglich und schmackhaft gemacht, ist Scotts Emulsion ein zuverlässiges, wohlgeschmecktes Mittel, die Gesundheit rasch und nachhaltig zu befestigen.

Man kümmere sich nicht um die billigeren Angebote der vielen Nachahmungen, sondern bleibe bei der echten Scotts Emulsion, die ihren Preis voll und ganz wert ist. 1909

Kurszettel des „Mannheimer General-Anzeiger, Badische Neueste Nachrichten“

vom 8. Oktober.

Mannheimer Effektenbörse.

| Obligationen. | | Eisenbahn-Oblig. | | Industrie-Oblig. | | Kont. | | Kont. | | Kont. | |
|-----------------------------|---------|-----------------------------|---------|-----------------------------|--------|------------------------|--------|------------------------------|--------|------------------------|--------|
| 4% Pfandbriefe. | | 1% Oberb. Eisenbahn-Oblig. | 97 - 98 | 4% Rheinl. Eisenbahn-Oblig. | 103.50 | 4% Ruff. Anst. Schuld. | 100.40 | 4% Speyerer Eisenbahn-Oblig. | 101.30 | 4% Ruff. Anst. Schuld. | 100.40 |
| 4% Rheinl. Eisenbahn-Oblig. | 97 - 98 | 4% Rheinl. Eisenbahn-Oblig. | 103.50 | 4% Rheinl. Eisenbahn-Oblig. | 103.50 | 4% Ruff. Anst. Schuld. | 100.40 | 4% Speyerer Eisenbahn-Oblig. | 101.30 | 4% Ruff. Anst. Schuld. | 100.40 |
| 4% Rheinl. Eisenbahn-Oblig. | 97 - 98 | 4% Rheinl. Eisenbahn-Oblig. | 103.50 | 4% Rheinl. Eisenbahn-Oblig. | 103.50 | 4% Ruff. Anst. Schuld. | 100.40 | 4% Speyerer Eisenbahn-Oblig. | 101.30 | 4% Ruff. Anst. Schuld. | 100.40 |

Frankfurter Effektenbörse.

| Telegraphische Anzeigen. | | Kont. | | Kont. | | Kont. | |
|--|--|------------------------------|--------|------------------------------|--------|------------------------------|--------|
| Frankfurt a. M., 8. Okt. (Anfangskurse). | | 4% Ruff. Anst. Schuld. | 100.40 | 4% Speyerer Eisenbahn-Oblig. | 101.30 | 4% Ruff. Anst. Schuld. | 100.40 |
| Frankfurt a. M., 8. Okt. (Anfangskurse). | | 4% Speyerer Eisenbahn-Oblig. | 101.30 | 4% Ruff. Anst. Schuld. | 100.40 | 4% Speyerer Eisenbahn-Oblig. | 101.30 |
| Frankfurt a. M., 8. Okt. (Anfangskurse). | | 4% Ruff. Anst. Schuld. | 100.40 | 4% Speyerer Eisenbahn-Oblig. | 101.30 | 4% Ruff. Anst. Schuld. | 100.40 |

Berliner Effektenbörse.

| Berlin, 8. Okt. (Anfangskurse). | | Berlin, 8. Okt. (Schlusskurse). | | Berlin, 8. Okt. (Anfangskurse). | | Berlin, 8. Okt. (Schlusskurse). | |
|---------------------------------|--------|---------------------------------|--------|---------------------------------|--------|---------------------------------|--------|
| 4% Ruff. Anst. Schuld. | 100.40 |
| 4% Speyerer Eisenbahn-Oblig. | 101.30 |
| 4% Ruff. Anst. Schuld. | 100.40 | 4% Speyerer Eisenbahn-Oblig. | 101.30 | 4% Ruff. Anst. Schuld. | 100.40 | 4% Speyerer Eisenbahn-Oblig. | 101.30 |

